Saarlouis, Samstag, 14. Januar 1922.

Saar-Zeitung

Organ der Zentrumspartei für Stadt und Land des Saargaues.

Vierteljährlicher Bezugspreis: Durch unsere Agenten 33,— Mk. Mit der Post bezogen 39,— Mk. Zeilenpreise: Die 8gespaltene mm Zeile, 41 mm breit, 0,50 Mk. Die 88 mm breite Reklamezeile 1,— Mk. Bei Wiederholungen günstiger Rabatt.

Nr. 11
51. Jahrgang.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten. — In Saarlouis die Geschäftsstelle: Gefängnisstraße Nr. 6. — Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. — Fernsprecher: Expedition Nr. 2. Redaktion Nr. 22. Postfach 39.

*** Briands Rücktritt — ein neues Kabinett.

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel trifft uns heute die Nachricht, daß Briand mit dem gesamten Kabinett zurückgetreten ist und daß die Konferenz infolgedessen ein jähes Ende erfahren hat. Lloyd George wird Samstag den Boden von Cannes verlassen, die französischen Delegierten sind bereits abgereist, die in letzter Stunde einberufenen deutschen Vertreter werden in Paris mit dem Reparationsausschuß weiter beraten. In kurzen nackten Sätzen bringen wir hiermit eine Fülle von Tatsachen, deren weittragende Folgen wir heute noch garnicht zu übersehen vermögen. Wollen wir aber wissen, weshalb Briand so plötzlich gezwungen worden ist, seinen Rückzug aus der Stellung eines französischen Ministerpräsidenten anzutreten, so brauchen wir nur einmal den Bericht der gestrigen Kammersitzung durchzulesen (am 12. Januar). Schon aus den die Besprechungen einleitenden Worten des wiedergewählten Kammerpräsidenten Raoul Peret spricht eine ganz ungeheure Verstimmung, ja besser gesagt, Erbitterung über die „bisherigen Ergebnisse der Konferenz in Cannes". Das Frankreich, das doch stets mit allen seinen Kräften für den Weltfrieden eingetreten sei, werde treulos hintergangen und wiederum von dem Land das den gräßlichsten aller Kriege, den Welt- und Völkerkrieg verursacht habe. Man dürfe daher — um nicht in größte Gefahr zu gelangen, eine Nachgiebigkeit zeigen, gegen welche sich das nationale Empfinden auflehne. Einen wahrhaften Frieden könne man nicht auf Ungerechtigkeit aufbauen dadurch, daß man die vernichtenden Kriegslasten auf die Völker abwälze, die die Opfer des Krieges gewesen seien, um die zu entlasten, die aus verbrecherischer Absicht den Krieg entfesselt hätten. — Hatte man in Deutschland vor der Konferenz gehofft, es werde endlich einmal zu einer Klärung und vor allem einmal zu einem Verständnis kommen, so muß man aus diesen Ausführungen mit Gewißheit konstatieren, daß der Weg noch lange nicht geebnet ist, auf dem die Welt zu einem wahren Völ- die scharfe Anrempelung von seiten des Präsidenten kerfrieden gelangen könnte. Briands Entgegnung auf der Kammer dreht sich um zwei wichtige Fragen, die die Köpfe der Diplomaten in den letzten Tagen stets beschäftigt haben, um die Frage des Völkerfriedens und um das Reparationsproblem. In der Behandlung der ersten gewaltigen Frage zeigt Briand eine sehr verständige Auffassung, so daß wir geneigt sein könnten, unser Urteil über ihn zu revidieren.

Er scheint mit Lloyd George nunmehr der selben Meinung zu sein, daß es eine Notwendigkeit sei für die Völker, sich zu vereinigen, um etwas Ordnung in Deutschlands Unordnung zu bringen und etwas Sicherheit in dieses Chaos des Friedensvertrages von Versailles zu schaffen. Was nun die Frage der Reparationszahlungen Deutschlands angeht, so macht Briand mit Recht darauf aufmerksam, daß es nicht in seiner Macht gestanden habe, ein Nachgeben seitens der Alliierten zu verhindern. — Briands Worte sind ungehört verhallt, die gegen ihn kämpfende Oppositionspartei hat zu starke Anhänger gewonnen, weil diese dem französischen Volke mehr Hoffnungen machen auf die siegreiche Beendigung der letzten Diplomatenkämpfe. Deutschland muß zahlen; kann oder will es das nicht, greifen wir zu Gewaltmaßnahmen, um unser gutes Recht zu sichern — das ist das Losungswort dieser Leute, die Briand nicht nur gestürzt haben, sondern ihm auch [illegible] werden. Und daß dies keine leere Vermutung unserseits ist, beweist eine Meldung aus Paris, wonach Poincare bereits beauftragt ist, nach seinem Sinne ein Kabinett zu bilden.

In später Nachtstunde wird folgende Ministerliste verbreitet, die wir mit dem nötigen Vorbehalt wiedergeben:

Ministerpräsident und Auswärtiges Poincare; Finanzen de Lasteyrie; Kriegsminister Barthou; Marine Landry; Pensionen Maginot; Inneres Maunoury; Landwirtschaft Jean Durand; Justiz Dewergue; Unterricht de Jouvenel oder Herriot.

—t.

Die bedeutsame Kammersitzung, die Briands Sturz voranging.

WTB. Paris, 12. Jan. Zu Beginn der heutigen Kammersitzung hat der wiedergewählte Präsident Raoul Peret die übliche Antrittsrede gehalten, in der er u. a. sagte, die Völker, die fieberhaft nach einem Allheilmittel suchten, das alle Kriegsleiden heilen könnte, beobachten sich mit offenkundigem Mißtrauen. Dieses Unbehagen macht sich besonders im Bezug auf die internationalen Beziehungen geltend. Selbst der Gedanke der Gerechtigkeit habe eine starke Einbuße erlitten. Entstelle man nicht die Absichten Frankreichs, indem man es als kriegerische Nation, die die Beherrschung suche und die das Volk aufgehetzt habe, darstelle? Das nehme Frankreich nicht an. Es gebe kein Land, das ein größeres Interesse am Weltfrieden habe, als Frankreich, und es gebe auch kein Land, das entschlossener sei, ihn aufrecht zu erhalten. Seit dem Kriege habe Frankreich ungeheure Opfer gebracht, damit niemand das Recht habe, sein Wort in Zweifel zu ziehen. Was habe Frankreich nicht vor 1914 unternommen, damit der Weltfriede nicht gestört werde! Der Militarismus, der Imperialismus und der Eroberungsgeist seien anderweit zu finden gewesen. Man sei aber auch nicht ganz sicher, ob er nicht noch dort zu finden sei. Aber zwischen einer Haltung der Provozierung und einer Art Nachgiebigkeit, gegen die sich das nationale Empfinden auflehnen würde, gebe es Platz für eine Wahrung der berechtigten Interessen Frankreichs, die einen Gewaltstreich verhindern könnte. Einen wahrhaften Frieden könne man nicht auf Ungerechtigkeit aufbauen dadurch, daß man die vernichtenden Kriegslasten auf die Völker abwälze, die die Opfer des Krieges gewesen seien, um die zu entlasten, die aus verbrecherischer Absicht den Krieg entfesselt hätten.

Hierauf ergriff Ministerpräsident Briand das Wort, um eine Erklärung abzugeben. Die Kammer war stark besetzt. Mehr als 500 Abgeordnete waren anwesend. Er begann damit, zu erklären, er wisse nicht, ob es nicht die Pflicht des Vertreters Frankreichs sei, sich rückwärts zu befinden (Widerspruch rechts), aber er habe geglaubt, es sei seine Pflicht, dem Lande und dem Parlament die Wahrheit zu sagen, um die falschen und lügenhaften Nachrichten zu widerrufen. Seitdem er auf der Konferenz in Cannes sei, seien Nachrichten verbreitet worden, die ungenau seien. — Briand erinnerte an die Erklärungen, die er als Antwort auf die Anfrage des Abg. Klotz gegeben habe und fuhr fort: Die Regierung stelle das Parlament nicht vor eine vollendete Tatsache. Sie gebe Auskünfte über die Verhandlungen, was noch wenige Regierungen getan haben. Sie gebe Erklärungen ab, während die Konferenz mitten in den Arbeiten stehe. Ob das die Verhandlungen erleichtere, sei nicht sicher, aber es scheine notwendig zu sein, um die Beunruhigung der öffentlichen Meinung einzudämmen. Man diskutiere in Cannes das ernste und bedeutende Reparationsproblem und den Wiederaufbau Europas. Man spreche viel vom Frieden, aber es genüge nicht, davon zu reden. Man müsse den Mut haben, die erforderlichen Handlungen zu unternehmen, damit er stabilisiert werden könne, sonst könnten die Völker noch lange auf ihn warten.

Für ein Volk wie das französische genüge es nicht, daß seine Grenzen garantiert sind. Frankreich könne sich nicht entmilitarisieren, denn wenn er das tue, werde es notwendigerweise ein Opfer werden. Es sei eine Notwendigkeit für die Völker, sich zu vereinigen, um etwas Ordnung in Deutschlands Unordnung zu bringen und etwas Sicherheit in dieses Chaos des Friedensvertrages von Versailles zu schaffen, denn es könne nicht den Gegenstand irgend einer Diskussion bilden, und die Klauseln, die die Sicherheit Frankreichs gewährleisten, stünden außerhalb der Debatte, davon könne man nicht abgehen. Er sei überzeugt, daß, wenn Deutschland gewußt hätte, daß ein Bündnis zweier großer Mächte wie Frankreich und England mit einander verbunden hätte, es nicht zum Kriege gekommen wäre. Was die Reparationen anbetreffe, so habe Deutschland von der Reparationskommission Zahlungsherabsetzung und Zahlungsfristen verlangt, also ein Moratorium. Die Reparationskommission habe ein Recht, mit Mehrheit Zahlungsaufschub zu bewilligen. Frankreich habe in dieser Kommission nicht die Mehrheit, es hänge nicht von ihm ab, ob das Moratorium bewilligt oder abgelehnt wird, und er könne nur sagen, daß die Mehrheit für ein Moratorium bestehen werde. Diese Aeußerung des Ministerpräsidenten ruft stürmische Szenen hervor. Briand fährt fort: Es ist eine Tatsache: Es gibt eine Mehrheit, die nach Prüfung den Zahlungsplan abändern wird. Das ist keine Regierungsfrage. Hören Sie doch zu, wie weit die Dinge gediehen sind. Weil es unmöglich ist, diesen Zahlungsplan zu verhindern, ist die französische Regierung bemüht, die französischen Interessen sicher zu stellen. Frankreich habe auf seine Leiden hingewiesen und auf die Lage seiner Finanzen und erklärt, es könne nicht zugeben, daß 1922 auch nur ein Centime ihm genommen werde. Wenn der Zahlungsplan abgeändert werden müsse, verlange Frankreich Garantien für eine Kontrolle, die Deutschland verpflichtet sei zu übernehmen, was es bisher noch nicht getan habe. Darüber seien die Verhandlungen in Cannes geführt worden. Frankreich verzichte nicht auf einen Centime seiner Forderungen. England bringe Opfer, wofür Belgien und Frankreich dankbar sein müßten. Die Rechte unterbricht Briand. Briand entrüstet sich dagegen, daß politische Absichten in die Debatte getragen würden. Er erläutert, welche Vorteile Frankreich daraus ziehe, daß eine neue Kombination über die Zahlung der Saargruben gefunden worden sei. Er erklärt, die Schwierigkeiten wegen der 400 Millionen Goldmark bezüglich der Saargruben seien also zu Frankreichs Vorteil gelöst worden. Er wisse ganz genau, daß die ungünstigen Fragen gegen die Regierung ausgebeutet würden, während man über Oberschlesien, Ruhrort, Düsseldorf und andere günstige Lösungen schweige, weil man das alles rasch vergessen habe. Frankreich sei nicht in der Lage, mit einem Gläubiger, der sich mit anderen Gläubigern an einen Tisch gesetzt habe, über die Unmöglichkeit, seine Schulden zu bezahlen, zu verhandeln. Man könne nein sagen, aber dann müsse man sich vor Augen halten, was sich ereignen könne. Es sei ja sehr leicht, zu behaupten, die Regierung gebe die Rechte Frankreichs preis, aber er wünsche, daß das Volk und das Parlament aus der Atmosphäre der Beunruhigung herausgerissen werde (es entsteht einiger Beifall, der ironisch ist.)

Poincaré Ministerpräsident.

Stimmen der Presse zum Rücktritt Briands.

Die Presse zum Rücktritt Briands.

WTB. Paris, 13. Jan. Der Sonderberichterstatter des Petit Parisien in Cannes stellt die Frage, welches die unmittelbare Folge des Rücktritts Briands sein werde. Die Antwort sei nicht zweifelhaft: Der Oberste Rat sei gezwungen, seine Arbeiten zu unterbrechen, er könne sie tatsächlich nicht in Abwesenheit eines der wichtigsten Vertreter fortsetzen. Aus Höflichkeit für Rathenau habe man diesen gestern sein Expose vollenden lassen, aber es sei klar, daß schon von heute ab die französische Delegation die nötigen Instruktionen haben werde, und daß der Oberste Rat sich entschließen werde, sich zu vertagen. Diese praktische Notwendigkeit lasse eine neue Schwierigkeit erscheinen bezüglich des dringendsten der Probleme, nämlich der nahe deutsche Zahlungsverfalltag. Schon gestern habe Lloyd George vorgeschlagen, die Frage der Reparationskommission zu überweisen. Da diese aber nur ein Ausfluß der Meinungen der Regierungen sei, könne sie natürlich über ein Problem von dieser Wichtigkeit während der französischen Ministerkrise nicht beraten; neue Verzögerungen seien also vorauszusehen.

Excelsior glaubt zu wissen, daß die Antwort Poincares bereits heute in zustimmendem Sinne lauten wird; so werde die Krise schon heute abend gelöst sein.

Letzte Sitzung des Kabinetts Briand.

WTB. Paris, 13. Jan. Die letzte Zusammenkunft der Minister des Kabinetts Briand bei dem Präsidenten der Republik hat gestern 4,25 Uhr nachts bis 5,05 Uhr gedauert. Briand unterrichtete den Präsidenten über den Verlauf der Kammersitzung und kündigte ihm den endgültigen Beschluß an, zu demissionieren. Gleichzeitig übergab er ihm ein Schreiben der Kabinettsmitglieder; das Schreiben ist kurz und in der üblichen Form gehalten. Millerand hat die Demission angenommen. Er sprach in bewegten Worten sein Bedauern und seinen Dank aus und bat die bisherigen Minister, die Geschäfte bis zur Bildung des neuen Ministeriums weiterzuführen. Briand sagte beim Verlassen des Elysee: Meine Demission ist endgültig. Ich hätte nur an die Spitze der Regierung treten können, wenn ich das Gefühl gehabt hätte, daß man mich unterstützen werde. Er werde selbstverständlich nicht nach Cannes zurückkehren. Seine Demission werde aber nicht das Zustandekommen der Konferenz von Genua in der vorgesehenen Weise verhindern. Journalisten gegenüber sprach Briand das Bedauern aus, daß man die Ergebnisse, die man in Cannes erzielt habe, nicht richtig eingeschätzt habe. Schon bezüglich der Reparationen hätten sich die Alliierten zu Opfern bereit erklärt, ohne die Rechte Frankreichs zu vermindern. Die Besprechungen mit England hätten zu einem Vorentwurf geführt, der hervorragenden Wert für die Sicherheit der beiden Länder und den festen Bestand ihrer gegenseitigen Beziehungen habe. Briand hob hervor, daß dieser Vorentwurf die Sicherheiten, die der Vertrag von Versailles Frankreich biete, nicht vermindert habe. Diese seien vielmehr beträchtlich verstärkt. Er habe die bestimmte Hoffnung, daß sein Nachfolger die diplomatischen Besprechungen zu Ende führen werde. Er sei gezwungen gewesen, seine Demission zu geben, weil er sonst der Erörterung der angekündigten Interpellation hätte zustimmen müssen. Auf diese Interpellation hätte er aber nicht antworten können. Es wäre ihm auch unmöglich gewesen, den Schluß der Debatte abzuwarten und die Arbeiten des Obersten Rates zu unterbrechen.

Enttäuschte Hoffnung.

WTB. London, 13. Jan. Times schreibt: Der Sturz Briands, selbst wenn er nur vorübergehend sein sollte, bedeutet die Enttäuschung von Hoffnungen und den Ausschluß zahlreicher Möglichkeiten. Es sei ein Unglück für die Welt und für die Entente, daß die Konferenz von Cannes, die größere Fragen als irgend eine andere zu regeln hatte, zu einem Abschluß gekommen sei, ehe noch die ernsten Probleme, zu deren Lösung sie sich versammelt hatte, geregelt wären. Dabei seien einige dieser Fragen dringend, da am Samstag bis eine der deutschen Raten fällig werde. — Frankreich und die französische Regierung seien dem englisch-französischen Vertrage nicht abgeneigt. Nur Wahnsinn auf beiden Seiten könne versuchen, ihn zu verhindern. — Daily Mail sagt, der Rücktritt Briands bedeute nicht den Widerstand seitens Frankreichs gegen den Vertrag zwischen England und Frankreich. Es sei möglich, und die Meinungsverschiedenheiten zwischen England und den beiderseitigen Staatsmännern könnten den den deutschen Militaristen nur Befriedigung gewähren. — Morning Post sagt, wenn Briands Sturz als Beschluß Frankreichs aufgefaßt werden sollte, den englisch-französischen Vertrag nicht anzunehmen, so könne dadurch die Ratifikation des Viermächte-Abkommens über den Stillen Ozean in Frage gestellt werden. Deshalb dürfe angenommen werden, daß der Nachfolger Briands das große Werk fortsetzen werde. — Daily Telegraph sagt, Briands Rücktritt werde in England ernstlich bedauert werden, denn er habe den englischen Standpunkt gründlich verstanden.

Bestürzung in Konferenzkreisen.

WTB. London, 13. Jan. Reuter meldet aus Cannes, die Nachricht vom Rücktritt Briands habe in Cannes wie ein Donnerschlag gewirkt. Man hoffe, daß Briands Nachfolger die Verhandlungen an dem Punkte wieder aufnehmen werde, an dem sie abgebrochen wurden.

WTB. London, 13. Jan. Reuter meldet aus Washington, die Nachricht von dem Rücktritt Briands werde in Konferenzkreisen mit Bestürzung aufgenommen. Die amerikanische Delegation drücke ihr tiefstes Bedauern aus.

WTB. London, 13. Jan. Daily Herald sagt, Briand sei den französischen Reaktionären nicht wahnsinnig genug gewesen. Es sei jedoch Zeit gewesen, daß der sogenannte Oberste Rat zu bestehen aufgehört habe.

WTB. Cannes, 13. Jan. Die deutsche Delegation reist heute abend ab.

Auch Loucheur verläßt Cannes.

WTB. Paris, 12. Jan. Aus Cannes wird gemeldet: Loucheur hat die Nachricht vom Rücktritt Briands im Laufe der Sitzung des Obersten Rates erhalten. Er erklärte den Chefs der alliierten Delegationen, er müsse Cannes heute abend verlassen. Trotz des Ersuchens Lloyd Georges ist er dann abgereist. Er hat die Mitglieder der Reparationskommission angegliedert, um nach der Abreise Loucheurs die Verhandlungen mit den deutschen Vertretern fortsetzen zu können. Erst nach der Bildung des neuen französischen Kabinetts kann die Rede von der Einberufung des neuen Obersten Rates sein. Ein Teil der französischen Delegation hat heute abend Cannes mit Loucheur verlassen. Lloyd George verläßt Cannes am Sonntag.

Ausführungen Rathenaus. — Der Oberste Rat beschlußunfähig.

WTB. Paris, 13. Jan. Von deutscher Seite wird offiziell aus Cannes gemeldet: In der heutigen Nachmittagssitzung des Obersten Rates hat Rathenau seine Ausführungen beendet, indem er besonders die von der deutschen Regierung ins Auge gefaßten Maßnahmen zur Beseitigung der finanziellen Schwierigkeiten darlegte. Während der Sitzung traf die Nachricht vom Rücktritt Briands ein, worauf Loucheur die Sitzung verließ. Nach Beendigung der Ausführungen Rathenaus erklärte Lloyd George, daß angesichts des Fehlens eines der Alliierten die Beschluß- und Verhandlungsfähigkeit des Obersten Rates zweifelhaft sei. Diese Frage müsse in einer internen Beratung geklärt werden. Die Sitzung wurde darauf um ½7 Uhr geschlossen.

Eine Rede des neuen französischen Senatspräsidenten.

WTB. Paris, 13. Jan. Bei der Uebernahme seines Amtes als Präsident des Senats hielt Leon Bourgeois eine Rede, in der er zunächst auf die schwierige finanzielle Lage Frankreichs hinwies und andeutete, daß möglicherweise eine weitere Erhöhung der Steuerlasten nötig sein werde. Ferner sei eine Verminderung der Ausgaben und eine energische Reform der Verwaltung geboten im Sinne einer Vereinfachung und Dezentralisation. Man dürfe nicht vergessen, daß in allen Ländern und zu allen Zeiten finanzielle Krisen die Vorboten von Revolutionen gewesen seien. Frankreich habe das Schlimmste schon überstanden, aber die Zeit der Opfer sei noch nicht abgeschlossen. Die ernsten Fragen der auswärtigen Politik sei die Ausführung des Friedensvertrages. Tatsächlich sei er bis heute auch noch nicht ausgeführt. Frankreich habe bis heute das, worauf es Anspruch habe, noch nicht erhalten. Deutschland habe erklärt, daß es nicht zahlen könne. Die Unaufrichtigkeit dieser Versicherung springe in die Augen. Es ruiniere sich freiwillig durch niedrige Steuern und vermehrte Ausgabe von Papiergeld. Die Taktik Deutschlands sei nur darauf aus, die Alliierten zu veruneinigen. Es könne keine Regierung in Frankreich geben, die einer Verminderung der Ansprüche Frankreichs wie sie sich aus dem Zahlungsstatut ergeben, zustimmen würde. Bezüglich der französisch-englischen Verhandlungen sprach er die Hoffnung aus, daß sie zu einem Bündnis führen möchten. Er kam zum Schluß auf die Campagne zu sprechen, die gegenwärtig gegen Frankreich geführt werde mit dem Zwecke es zu isolieren. Er verwahrte sich gegen den Vorwurf des Militarismus und Imperialismus. Wenn Frankreich die Dauer der militärischen Dienstpflicht herabsetze, die Zahl seiner Kriegsschiffe vermindere, dürfe es nicht beschuldigt werden, einen wahnsinnigen Angriff gegen die Alliierten zu planen. Der Pressecampagne gegen Frankreich müsse entgegengetreten werden, indem man sich nicht nur an die Regierungen, sondern auch an die Nationen wende. Frankreich sei stets für die Verteidigung des Rechts und der Freiheit eingetreten.

Ein wirtschaftliches Programm für Genua in Arbeit.

WTB. Berlin, 13. Jan. Laut Lokalanzeiger haben das Präsidium, der Vorstand und der Hauptvorstand der Deutschen Industrie in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, für die Wirtschaftliche Konferenz in Genua ein großes wirtschaftliches Programm aufzustellen. Die Denkschrift soll genaue Unterlagen bieten für Deutschlands Wirtschaftslage und für seine Leistungsfähigkeit. Für die Redigierung der Denkschrift ist eine Kommission gewählt worden.